

## Niederschrift

über die 18. Sitzung des Rates der Stadt am Donnerstag, den 17.01.2013 um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus

Christof Bleichert

Ursula Brand

Dietmar Busch

Petra Ebbinghaus

Rolf Ebbinghaus

Horst Enneper

Karl-Heinz Fischer

Margot Grüterich

Klaus Haselhoff

Olaf Jung

Claus Kanter

Thomas Klee

Rosemarie Kötter

Ralf-Udo Krapp

Dietrich Lunderstädt

Dr. Axel Michalides

Arnold Müller

Heide Nahrgang

Werner Nowara

Annette Pizzato

Sabine Plasberg-Keidel

Dr. Jörg Rieger

Rainer Röhlig

Rolf Schäfer

Udo Schäfer

Christoph Schlüter

Sebastian Schlüter

Axel Schröder

ab 16.20 Uhr / TOP 4

Rolf Schulte

Dietmar Stark

Klaus Steinmüller

Michael Tissarek

Gerd Uellenberg

Peter Fritz Sebastian Ullmann

Annette Verhees

Christian Viebach

bis 17.30 Uhr / TOP 7

Gudrun Weber

Dr. Jörg Weber

Harald Weiss

ab 16.10 Uhr / TOP 4

von der Verwaltung

Ute Butz  
Julia Gottlieb  
Frank Nipken  
Regine Schmidt  
Sandra Hilverkus

Schriftführerin

Vanessa Jäger

es fehlt:

Ratsmitglieder

Detlef Graß  
Bernd-Eric Hoffmann  
Thomas Lorenz  
Tobias Ronsdorf

### **Tagesordnung:**

#### **(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 17. Sitzung des Rates der Stadt am 11.12.2012 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Haushalt 2013, HSK 2013 bis 2022 (Antrag der CDU-Fraktion AN/0120/2012 und der SPD-Fraktion vom 14.12.2012)
5. Vorzeitige Mittelfreigabe für den Umbau Kaiserstraße (Antrag AN/0119/2012 der CDU-Fraktion vom 17.12.2012)
6. Vorzeitige Mittelfreigabe für die Sportanlage Schulzentrum Hermannstraße (Antrag der FDP-Fraktion vom 04.01.2013) AN/0121/2013
7. Besetzung von Ausschüssen und Gremien
8. Mitteilungen und Fragen AF/0013/2013

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Bürgermeister, dass die AL-Fraktion beantragt hat den TOP „Besetzung von Ausschüssen und Gremien“ zur Tagesordnung hinzuzufügen. Der Rat stimmt diesem Vorhaben einvernehmlich zu. Der Tagesordnungspunkt wird nach dem TOP 6 eingeschoben; die Nummerierung der nachfolgenden TOPE ändert sich entsprechend.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt der Bürgermeister, dass bezogen auf die TOPE 5 und 6 keine rechtlichen Hinderungsgründe gesehen werden, die Anträge heute zu beraten.

### **(Öffentlicher Teil)**

#### **1. Niederschrift über die 17. Sitzung des Rates der Stadt am 11.12.2012 (öffentlicher Teil)**

---

Herr Ullmann bittet aufgrund der jetzigen Gegebenheit von drei fraktionslosen Ratsmitgliedern zukünftig bei Abstimmungen den Namen der abstimmenden fraktionslosen Person in Klammern zu vermerken.

Der Bürgermeister sagt dies zu.

Herr Ebbinghaus merkt an, dass in der Niederschrift einige wesentliche Aspekte gefehlt haben. Zum einen ist die erste Abstimmung über die vorzeitige Mittelfreigabe Kaiserstraße nicht im Protokoll vermerkt; des Weiteren fehlt hier auch die entsprechende Äußerung des Bürgermeisters für die Wiederholung der Abstimmung. Zum anderen vermisst Herr Ebbinghaus den Antrag der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung.

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

#### **2. Informationen des Bürgermeisters**

---

Der Bürgermeister übermittelt dem Rat der Stadt nachträglich die Weihnachts- und Neujahresgrüße der Bürgermeister der beiden Partnerschaftsstädte.

#### **3. Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

#### **4. Haushalt 2013, HSK 2013 bis 2022 (Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 14.12.2012) AN/0120/2012**

---

Herr Nipken geht auf den Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion anhand einer Power-Point-Präsentation ein. Er betont, dass der Haushalt 2013 und das Haushaltssicherungskonzept 2013-2022 unmittelbar zusammengehören und auch nur in ihrer Gesamtheit beschlossen werden können. Die von der Verwaltungen vorgeschlagenen Steuererhöhungen ergeben sich aus der Notwendigkeit, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. In dem Haushaltssicherungskonzept 2012 ff waren Erhöhungen der Gewerbe-

und Grundsteuer lediglich in den Jahren 2014, 2016 und 2018 vorgesehen. Bei der Aufstellung des Haushalts 2013, HSK 2013, waren Mehrausgaben zu berücksichtigen, die in 2012 noch nicht absehbar waren; daher konnte der Haushaltsausgleich 2022 nicht mehr erreicht werden. Um dies zu kompensieren sind daher weitere Erhöhungen der Hebesätze im Jahr 2020 notwendig. Daher gehen die Hebesatzerhöhungen in den Jahren 2014 bis 2018 über die im Haushaltssicherungskonzept 2012 geplanten hinaus. Für 2013 sind keine Steuererhöhungen angedacht. Der Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion sieht vor, die geplanten zusätzlichen Hebesatzerhöhungen nur zu 40 % zu realisieren; dies würde in den Jahren 2014 – 2022 zu jährlichen Mindereinnahmen führen. In Summe sind das bei der Gewerbesteuer ca. 3.434.000 €, bei der Grundsteuer B ca. 1.544.000 € und bei der Grundsteuer A ca. 48.000 €. Somit ergeben sich insgesamt 5.026.000 € weniger Steuereinnahmen, die zwar durch die Teilfinanzierung durch Mehreinnahme des Gemeindeanteils an Einkommen- und Umsatzsteuer etwas gemindert werden, aber letztendlich ein Defizit von 3.055.000 € ergeben. Um dies zu kompensieren muss im Ergebnisplan eingespart werden. Das bedeutet, dass selbst bei Verzicht auf alle nicht vollständig gegenfinanzierten Investitionen (u.a. Wülfig, Straßenausbau Bahnstraße, Ausfahrt Oststraße, Zufahrt Kaiserstraße Ost, Umgestaltung Hohenfuhrstraße, Aufwertung Kaiserstraße West sowie die Ersatzbeschaffung diverser Fahrzeuge und Maschinen für die Feuerwehr und den städtischen Betriebshof) nur eine geringfügige Entlastung des Ergebnisplanes eintreten würde und der Verzicht auf Investitionen nicht ausreichend ist. Daher ist das Ziel einer erheblichen Einsparung nur durch Einsparungen von Aufwendungen im Ergebnisplan zu erreichen. Herr Nipken erläutert nun den Vorschlag der Verwaltung zur Kompensierung der Minderereinnahmen im Steuerbereich.

Der Vorschlag sieht vor, dass zwingend 1% des jährlichen ordentlichen Aufwandes weniger ausgegeben werden müssen. Die Verteilung der Summe ergibt sich am Anteil des Ergebnisplans für jeden Fachbereich und/oder Dezernats. Daher soll ab 2014 jedem Fachbereich bzw. jedem Dezernat nach dem Rasenmäherprinzip ein Betrag vorgegeben werden, der gegenüber der bisherigen Planung einzusparen ist.

Herr Stark bedankt sich bei Herrn Nipken für die Präsentation. Er erläutert den vorliegenden Antrag und erklärt, dass die CDU und die SPD keine weiteren Belastungen für die Bürger und Unternehmen verantworten können. Er sieht aber durch das Rasenmäherprinzip das Budgetrecht des Rates eingeschränkt; daher sollte die Verwaltung andere Möglichkeiten erarbeiten.

Herr Viebach weist darauf hin, dass bei Einsparungen in Höhe von 1,3 % die kompletten Steuererhöhungen wegfallen könnten. Er ist aber der Meinung, dass der von der Verwaltung unterbreitete Vorschlag nicht umsetzbar ist. Da die Gegenfinanzierung ohne Inanspruchnahme der freiwilligen Haushaltsmittel erfolgen soll, werden alle anderen Bereiche bedeutend mehr belastet. Das Sparen muss in den einzelnen Fachbereichen stattfinden, allerdings ohne Anwendung des Rasenmäherprinzips. Zudem ist es nicht vertretbar schon jetzt Personalkosten zur Begleitung des Innenstadtbbaus bis 2017 zu genehmigen, da die wirkliche Laufzeit der Projekte und Maßnahmen noch nicht absehbar ist. Die Verwaltung sollte Standards erstmal überprüfen und nicht erhöhen, um die Stadt attraktiver für Bürger zu machen.

Herr Schröder begrüßt den Sparwillen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Er führt aus, dass der Kreis die Gemeinden mehr unterstützen soll.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt Herr Nipken, dass das Bundesfinanzministerium angekündigt hat, dass in den nächsten 10 Jahren mit Mehreinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer i.H.v. 1.900.000 € zu rechnen ist.

Herr Müller möchte wissen, ob hier auch der demographische Wandel berücksichtigt ist.

Herr Nipken erläutert, dass der Bund und das Land die demographische Entwicklung für die Kommunen beobachtet und auch berücksichtigt.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass auch die AL-Fraktion der Rasenmähermethode nicht zustimmen kann. Zudem führt er aus, dass wenn es möglich ist 1 % einzusparen, dies hätte auch von Anfang an realisiert werden können. Er weist auf die sinkenden Einwohnerzahlen hin und die daraus resultierende Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung. Es müsste auch noch mal eine intensive Auseinandersetzung mit dem Kreishaushalt und mit der von dort herkommenden finanziellen Belastung stattfinden. Abschließend appelliert er an die Fraktionen von den beiden vorzeitigen Mittelfreigaben, die noch auf der heutigen Tagesordnung stehen, abzusehen.

Herr Haselhoff schlägt vor, die Steuererhöhungen und die von der Verwaltung vorgestellten Einsparungen zu tätigen; somit wäre ein vorzeitiger Haushaltsausgleich zu erreichen. Eine entsprechende Darstellung soll von der Verwaltung erfolgen.

Herr Rolf Schäfer kritisiert, dass der Kreis immer zuerst genannt wird, wenn es ums Sparen geht. Der Kreis hat den zugehörigen Städten und Gemeinden in den letzten drei Jahren bereits 14 Mio. € erlassen. Eine weitere geplante Senkung der Kreisumlage konnte aufgrund einer Verfügung des Regierungspräsidenten nicht durchgeführt werden.

Herr Ullmann betont, dass es erheblich laufende Ausgaben gibt, die eingespart werden können, hierzu gehört zum Beispiel das lifeness. Er befürchtet, dass es bei Vorgehen nach dem Rasenmäherprinzip eine ungleiche Verteilung in den Fachbereichen / Dezernaten geben wird.

Auf Nachfrage von Herrn Schröder erklärt Herr Nipken, dass es ab diesem Jahr keine Schlüsselzuweisungen mehr gibt.

Herr Viebach beantragt, die Verwaltung zu beauftragen bis Ende Februar 2013 die zu kompensierenden Beträge pro Jahr auf Teilproduktebene darzustellen, die sie für die Jahre 2014 – 2022 plant einzusparen, um das Ziel, die von der Verwaltungsspitze nunmehr zusätzlich vorgeschlagenen Steuererhöhungen mit nur maximal 40 % umzusetzen, zu erreichen.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, bis Ende Februar die zu kompensierenden Beträge pro Jahr auf Teilproduktebene darzustellen, die sie für die Jahre 2014 – 2022 plant einzurechnen, um das Ziel, die von der Verwaltungsspitze nunmehr zusätzlich vorgeschlagenen Steuererhöhungen mit nur maximal 40 % umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:** 40 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 3 AL, 2 fraktionslos (Schäfer, Ullmann))  
1 Enthaltung (Bürgermeister)

---

**5. Vorzeitige Mittelfreigabe für den Umbau Kaiserstraße AN/0119/2012  
(Antrag der CDU-Fraktion vom 17.12.2012)**

---

Der Bürgermeister erklärt vor Eintritt in die Diskussion, dass er dem Vorwurf der chaotischen Sitzungsführung der letzten Ratssitzung und der daraus resultierenden falsch abgelaufenen Abstimmung widerspricht.

Herr Ebbinghaus kann nicht verstehen, dass bezüglich des Abstimmungsgegenstandes irgendwelche Unklarheiten vorhanden waren. Er betont, dass eine Umgestaltung nicht zwingend notwendig sei. Aufgrund der angespannten Finanzsituation der Stadt sollten die Standards beibehalten werden und nur bei äußerster Dringlichkeit investiert werden.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Beantragung der vorzeitigen Mittelfreigabe bei der Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises für die Umgestaltung der Kaiserstraße.

**Abstimmungsergebnis:** 30 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, Bürgermeister)  
11 Nein-Stimmen (6 FDP, 3 AL, 2 fraktionslos (Schäfer, Ullmann))

---

**6. Vorzeitige Mittelfreigabe für die Sportanlage Schulzentrum Hermannstraße (Antrag der FDP-Fraktion vom 04.01.2013) AN/0121/2013**

---

Herr Schröder erläutert den Antrag der FDP-Fraktion. Er betont, dass dies die einzige Maßnahme sei, die durch die Schulpauschale zu 100 % gegenfinanziert ist. Alle übrigen Investitionsvorhaben belasten den Haushalt. Zudem sollen durch den Neubau der Sportanlage der Schulsport und die Sportvereine unterstützt werden.

Herr Dr. Rieger erklärt, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird. Das Projekt an sich, ist zustimmungsfähig, allerdings sollte auch die Genehmigung für den Bau der Umkleidekabinen erteilt werden. Er schlägt vor, sich hiermit im Zuge der bevorstehenden Haushaltsberatungen intensiv zu beschäftigen.

Herr Ebbinghaus widerspricht Herrn Schröder, bezogen auf die 100 %ige Gegenfinanzierung. Durch den Bau der Sportanlage fehlen Finanzmittel für andere schulische Maßnahmen. Des Weiteren zweifelt er an der Wichtigkeit der Sportanlage für den Schulsport. Dies ist schon aus der Planung erkennbar, da die Sportanlage eine Flutlichtanlage erhalten soll. Er ist der Meinung, dass der Schulsport hier als Ausrede genutzt wird, da von der Sportanlage und dementsprechend von der Flutlichtanlage eher viele andere Nutzer profitieren.

Herr Stark ist der Meinung, dass mit der endgültigen Beratung über diesen TOP bis zu den Haushaltsberatungen im März abgewartet werden soll. Grundsätzlich soll die heutige Ablehnung kein Votum gegen die neue Sportanlage darstellen.

Bezugnehmend auf die Aussage von Herrn Dr. Rieger erklärt Herr Schröder, dass die Umkleidekabinen in absehbarer Zeit gebaut werden sollen; durch die heutige Beschlussfassung sollte lediglich das Projekt in Angriff genommen werden. Zu den Ausführungen von Herrn Ebbinghaus merkt Herr Schröder an, dass in den letzten Jahren bereits Sportstätten geschlossen worden sind und das Geld dafür in den städtischen Haushalt geflossen ist.

Herr Viebach ist ebenfalls der Meinung, dass die Entscheidung hierüber bis zu den Haushaltsberatungen warten soll; die CDU-Fraktion wird dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Steinmüller führt aus, dass die UWG-Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Er fordert die CDU und die SPD dazu auf, sich entweder dafür oder dagegen zu entscheiden; eine Verschiebung der Genehmigung dieser vorzeitigen Mittelfreigabe macht keinen Sinn.

Frau Pizzato stellt in Frage, warum die CDU und die SPD der vorzeitigen Mittelfreigabe für die Kaiserstraße zugestimmt haben; diese Entscheidung hätte auch bis zu den Haushaltsberatungen warten können.

Der Bürgermeister weist vor der Abstimmung noch mal darauf hin, dass bei einer heutigen Ablehnung des Antrages voraussichtlich erst im Jahr 2014 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, da nur in der Zeit von Oktober bis Februar die notwendige Rodung des Grundstückes vorgenommen werden kann.

Frau Gottlieb erklärt auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus, dass sie von einer schwierigen Bebaubarkeit des Grundstückes „Jahnplatz“ keine Kenntnis hat. Bezugnehmend auf die Ausführungen vom Bürgermeister ergänzt Frau Gottlieb, dass es die Möglichkeit einer anderen Artenschutzprüfung gibt. Diese ist jedoch erst ab Juni möglich und zieht sich über einen längeren Zeitraum, sodass mit einem Ergebnis ebenfalls erst im Herbst zu rechnen ist. Insofern würde auch bei diesem Vorgehen ein Baubeginn in diesem Jahr kaum möglich sein.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Beantragung der vorzeitigen Mittelfreigabe bei der Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises für den Bau der Sportanlage Schulzentrum Hermannstraße.

**Abstimmungsergebnis:**

13 Ja-Stimmen	(6 FDP, 5 UWG, 1 fraktionslos (Schäfer), Bürgermeister)
25 Nein-Stimmen	(14 CDU, 7 SPD, 3 AL, 1 fraktionslos (Ullmann))
3 Enthaltungen	(1 CDU, 2 SPD)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

---

**7. Besetzung von Ausschüssen und Gremien**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der AL-Fraktion Herrn Rolf Ebbinghaus als Vertreter des Aufsichtsrates Bäder GmbH für Frau Ursula Schaub.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**8. Mitteilungen und Fragen**

**AF/0013/2013**

a) Frau Butz beantwortet die vorliegende schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion. Sie weist zunächst darauf hin, dass es sich bei der Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs um eine Pflichtaufgabe handelt. Hier ist allerdings nicht nur der Außendienstmitarbeiter involviert, sondern auch Mitarbeiter im Innendienst, die u.a. den Schriftverkehr, Buchungsverfahren und die Einspruchssachbearbeitung übernehmen. Die Kosten für diesen Bereich betragen im Jahr 2011 ca. 62.000 € und in 2012 ca. 80.000 €. Die Personalkosten der Innendienstmitarbeiter sind hier ebenfalls berücksichtigt worden. Der Kostendeckungsgrad in 2011 lag bei 52,4 % und in 2012 bei 67,9 %. Der Außendienstmitarbeiter hat darüber hinaus auch andere Aufgaben wahrgenommen, z.B. die Kontrolle „Wilder Müllkippen“.

Der Bürgermeister merkt an, dass es optimal wäre, wenn gar keine Einnahmen durch Knöllchen erzielt werden würden. Dann wäre nämlich ein geordnetes Parkverhalten der Bürger erreicht; dies entspricht der eigentlichen Zielsetzung.

b) Der Bürgermeister bezieht sich auf eine schriftliche Anfrage von Herrn Ullmann. Die Kosten für die heutige Ratssitzung belaufen sich in etwa auf ca. 1.200 €. Hier sind Sitzungsgelder, Verdienstaufschlag, Fahrtkosten, öffentliche Bekanntmachungen, Porto und Gästebewirtung berücksichtigt.

c) Frau Ebbinghaus berichtet, dass ein Ratsmitglied sich abfällig über die Wupperortschaften und insbesondere den dortigen Wuppermarkt geäußert hat. Sie bittet diesbezüglich zukünftig um weniger negative Äußerungen und mehr Unterstützung.

d) Herr Nipken erinnert an die bevorstehenden Haushaltsberatungen und erklärt, dass Rats- und Ausschussmitglieder die noch keinen Haushaltsplan besitzen sich melden sollen, damit eine Versendung umgehend nachgeholt werden kann.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17.35 Uhr

Dr. Josef Korsten  
Vorsitzender

Vanessa Jäger  
Schriftführer